Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 2165

Antrag

der Abgeordneten Paul, Graf von Spreti, Dr. Mommer, Dr. Becker (Hersfeld) und Genossen

betr. **Europäischer Flüchtlingsfonds**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

gemäß der Empfehlung 75*) der Beratenden Versammlung des Europarates vom 7. Juli 1955 zum Bericht des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse und der Entschließung des Ministerkomitees des Europarates vom 13. Dezember 1955*) die vom Sonderbeauftragten des Europarates für Flüchtlingsfragen, Herrn Pierre Schneiter, gemachten Vorschläge zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems zu unterstützen und die Bildung des geplanten Fonds des Europarates für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge, wenn möglich durch ein Teilabkommen (accord partiel), sicherzustellen.

Bonn, den 1. März 1956

Paul	Lemmer
Graf von Spreti	Dr. Lenz (Godesberg)
Dr. Mommer	Dr. Leverkuehn
Dr. Becker (Hersfeld)	Marx
Altmaier	Metzger
Birkelbach	Dr. Oesterle
Fürst von Bismarck	Dr. Dr. h. c. Pünder
Erler	Frau Dr. Rehling
Even	Dr. Reif
Gräfin Finckenstein	Dr. Schmid (Frankfurt)
Gerns	Frau Schroeder (Berlin)
Haasler	Schütz
Dr. Hellwig	Trittelvitz
Höfler	Frau Dr. h. c. Weber (Aachen)
Kalbitzer	

*) *siehe Anlage*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Vertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Rheinallee 20
Telefon 3551

Anlage

Empfehlung 75 zum Bericht des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse

(Kurze Inhaltsangabe)

Vorgeschlagen wird die Errichtung eines durch rückzahlbare Beiträge der Mitgliedstaaten des Europarates gespeisten Fonds, aus dem durch rückzahlbare Darlehen die Ansiedlung von Flüchtlingen finanziert werden soll, die Verlängerung des Auftrags des Sonderbeauftragten, Herrn Pierre Schneiter, und die von ihm geforderte Bildung eines Koordinierungsorgans.

Die Entschließung des Ministerkomitees des Europarates vom 13. Dezember 1955 billigt die Vorschläge der Empfehlung 75 und fordert die Regierungen auf, einzeln oder durch eine gemeinsame Aktion geeignete Maßnahmen zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems durchzuführen.